



Blamage für die Staatsmacht

Der Messengerdienst Telegram kämpft um anonyme Kommunikation

Der 33-jährige Pawel Durow, für viele der „russische Mark Zuckerberg“, ist der führende Kopf hinter *Telegram*. Der Messengerdienst gilt wegen seiner starken Verschlüsselung als besonders sicher. Deshalb ist er in Russland beliebt – und dem Inlandsgeheimdienst FSB ein Dorn im Auge, denn der will den Telefon- und Internetverkehr möglichst lückenlos überwachen. Durow aber weigert sich, Nutzerdaten herauszugeben oder dem Geheimdienst beim Lesen verschlüsselter Nachrichten zu helfen. Seit April 2018 ist *Telegram* deshalb in Russland verboten. Doch für die Staatsspitze geriet das Verbot zur Blamage: Es ließ sich technisch kaum durchsetzen und stellte ironischerweise auch führende Kremlstrategen vor Probleme, die den Dienst für die interne Kommunikation nutzten und über ihre Kanäle zum Teil tausende Follower erreichten.

Pawel Durow ist der russischen Führung nicht erst ein Ärgernis, seit es *Telegram* gibt. 2006 hatte er mit seinem älteren Bruder Nikolaj, einem preisgekrönten Mathematiker und Programmierer, das soziale Netzwerk *Vkontakte* gegründet. Die russische Variante von *Facebook* wurde in kürzester Zeit zum populärsten sozialen Netzwerk im Land: Nach nur einem Jahr hatte *Vkontakte* drei Millionen Nutzer, 2014 waren es mehr als einhundert Millionen.

Als sich im Dezember 2011 tausende Menschen in Moskau und anderen russischen Großstädten zu Protestmärschen gegen Wahlfälschung und eine dritte Amtszeit von Präsident Putin versammelten, geriet *Vkontakte* ins Visier der Behörden. Denn die Demonstranten hatten ihren Protest unter anderem über das Netzwerk koordiniert.

Der Inlandsgeheimdienst FSB verlangte von Durow, die Seiten mehrerer Anti-Putin-Foren auf *Vkontakte* zu schließen. Der aber weigerte sich. Er stellte den Brief des FSB online, dazu das Bild eines Hundes, der die Zunge herausstreckt. Ähnlich deutlich hatte er wenige Monate zuvor auf das Übernahmedrängen eines mächtigen Investors reagiert und ein Foto gepostet, auf dem er in eindeutiger Geste seinen Mittelfinger in die Kamera streckt.

Kremelfreunde kaufen das soziale Netzwerk auf

Wirtschaftlich geriet *Vkontakte* in der Folgezeit immer stärker unter Druck. Im April 2013 verkauften zwei einstige Mitstreiter Durows ihre Anteile am Unternehmen und ermöglichten den Einstieg eines kremeltreuen Investors, der Durow bald unverhohlen mit dem Rauswurf drohte. Doch der arbeitete längst an anderen Projekten. Im Herbst 2013 stellte er den Messengerdienst *Telegram* vor.

Nachdem der FSB im Dezember 2013 Zugriff auf die persönlichen *Vkontakte*-Daten ukrainischer Euromaidan-Aktivisten verlangt hatte – was Durow abermals verweigerte –, verkaufte er seine Anteile am Unternehmen. Im April 2014 trat er als Direktor zurück und verließ das Land. Neuer Chef von *Vkontakte* wurde Boris Dobrodejew, dessen Vater das russische Staatsfernsehen leitet. Im September 2014 kaufte die kremelfreundliche Mail.ru-Gruppe *Vkontakte* – jener Investor, dem Durow drei Jahre zuvor den Mittelfinger gezeigt hatte. Mail.ru vereint seither die drei populärsten sozialen Netzwerke Russlands (*Vkontakte*, *Odnoklassniki*, *Moj Mir*) in einer Hand.

Ihr neues Projekt *Telegram* wollten die Durow-Brüder von Anfang an dem Zugriff von Staaten und Geheimdiensten entziehen. Sie mieteten Datenzentren auf der ganzen Welt, unter anderem in London, San Francisco, Singapur und Helsinki. Als Betreiber von *Telegram* tauchten diverse Firmen auf, die an den unterschiedlichsten Orten registriert waren. So seien sie „nicht verpflichtet, sich an die Regeln von Russland, China, Saudi-Arabien oder ähnlicher Staaten zu halten“, erklärte Pawel Durow. Mit rund einem Dutzend Entwickler zog er um die Welt und wechselte alle paar Monate den Ort, bevor sich das Team Ende 2017 in Dubai niederließ.

Der neue Messenger warb mit einer besonders sicheren Art der Kommunikation: *Telegram* war einer der ersten Dienste, die eine so genannte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anboten. Dabei werden Daten vor dem Absenden beim Sender

verschlüsselt und erst beim Empfänger wieder entschlüsselt. Es kann also niemand außer den Gesprächspartnern lesen, was gesendet wurde, nicht einmal die Betreiber des Dienstes. Bei *Telegram* lässt sich diese Funktion mittels „geheimer Chats“ aktivieren – damals noch unmöglich beim Branchenriesen *WhatsApp*, der Nachrichten erst seit November 2014 ende-zu-ende-verschlüsselt, dafür allerdings standardmäßig und nicht nur als Zusatzoption wie bei *Telegram*.

Selbst Regierungspolitiker nutzen Telegram

Damit wurde *Telegram* schnell populär – bei politischen Aktivisten, aber auch bei Kremlpolitikern, die den Messenger für die interne Kommunikation nutzten. Besonders beliebt wurden in Russland so genannte Kanäle, in denen oft anonyme Autoren vermeintliche Insiderinformationen aus Regierungskreisen verbreiten. Auch Kremlsprecher Dmitri Peskow und das russische Außenministerium verständigten sich über *Telegram* mit Journalisten. 2018 nutzen den Dienst in Russland 15 Millionen Menschen, weltweit waren es mehr als 200 Millionen.

Nach dem Start von *Telegram* versuchte die russische Staatsführung durch eine Reihe neuer Gesetze, anonyme Kommunikation unmöglich zu machen und den Datenverkehr im Internet lückenlos zu überwachen. So dürfen Internetdaten russischer Bürger seit 2015 nicht mehr im Ausland, sondern nur noch auf Servern innerhalb Russlands gespeichert werden. Anti-Terror-Gesetze vom Juli 2016 zwingen Messengerdienste, dem Geheimdienst beim Mitlesen verschlüsselter Nachrichten zu helfen.

Am 23. Juni 2017 drohte die russische Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor*, *Telegram* zu schließen, wenn sich der Messengerdienst nicht in das amtliche Register für Informationsdienste eintragen lasse. Ein Eintrag ins Register verpflichtet Anbieter, Nutzerdaten zu speichern und auf Anfrage an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Mehrere weniger populäre Dienste hatten sich dagegen gewehrt und waren deshalb wenige Wochen zuvor blockiert worden.

Durow weigert sich, Daten herauszugeben

Parallel dazu erklärte der Inlandsgeheimdienst FSB, vor dem Anschlag auf die Metro in St. Petersburg im April 2017 hätten die Täter über *Telegram* kommuniziert. Die staatlichen Fernsehkanäle wiederholten dies so oft, dass Beobachter von einer gezielten Kampagne gegen *Telegram* sprachen. Der Dienst war bereits Ende 2015 in die Kritik geraten, weil er auch von IS-Terroristen genutzt wird. *Telegram* hatte daraufhin begonnen, Konten von IS-Sympathisanten zu löschen und führt dies bis heute öffentlich dokumentiert fort.

Damals konnte sich Durow den ironischen Kommentar nicht verkneifen, man könne ebenso gut Wörter verbieten, denn Terroristen würden sie zur Verständigung nutzen. Jetzt bekräftigte er diese Position: „Wenn man den Terrorismus durch Sperren besiegen will, muss man das gesamte Internet sperren.“ Er erklärte auf *Vkontakte*, sämtliche für einen Eintrag ins amtliche Register notwendigen Daten seien öffentlich zugänglich, die persönlichen Daten der Nutzer werde er jedoch weiterhin nicht herausgeben.

Die Medienaufsichtsbehörde nahm *Telegram* in ihr Register auf – und schon zwei Wochen später meldete sich der Geheimdienst bei Durow, um Mithilfe beim Verfolgen der Kommunikation sechs konkreter Telefonnummern zu verlangen. *Telegram* ignorierte die Anfrage und wurde deshalb im Oktober 2017 zu einem Bußgeld von 800.000 Rubel (damals rund 12.000 Euro) verurteilt, im Dezember bestätigte ein Moskauer Gericht dieses Urteil. Die Anwälte der Menschenrechtsgruppe *Agora*, die *Telegram* in Russland vertreten, baten den UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit, David Kaye, um Unterstützung und zogen vor das Oberste Gericht – ohne Erfolg: Mitte März 2018 erklärten die Richter die Forderungen des Geheimdienstes für rechtmäßig.

Wenig später beantragte die Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor*, *Telegram* zu sperren. Durow wies seine Anwälte an, nicht zur Gerichtsverhandlung zu erscheinen, um diese „offene Farce“ nicht durch ihre Anwesenheit zu legitimieren. Am 13. April 2018 gab ein Moskauer Gericht dem Antrag von *Roskomnadsor* statt, *Telegram* wurde in Russland verboten.

Doch der Fall wurde für die Staatsführung zur Blamage, nicht nur, weil die Behörden technisch daran scheiterten, das Verbot durchzusetzen. Die Sprecherin des Außenministeriums erklärte, sie sei gegen ein Verbot und fragte, was nun mit dem *Telegram*-Kanal ihres Ministeriums geschehen solle. Kreml-Sprecher Peskow und Vizepremier Dworkowitsch nutzten *Telegram* auch zwei Wochen nach dem Gerichtsurteil weiter und gaben das gegenüber russischen Medien offen zu.

Katz- und Maus-Spiel mit der Zensurbehörde

Telegram umging die Blockadeversuche derweil mit einer geschickten Strategie. Nachdem Internetanbieter die ersten IP-Adressen blockiert hatten, wick der Messenger auf die Cloud-Dienste von Konzernen wie Amazon und Google aus und wechselte rasch zwischen tausenden IP-Adressen. *Telegram* nutzte dabei eine Technik, die den wahren Endpunkt einer Internetverbindung verschleierte, das so genannte Domain Fronting. Die meisten Menschen in Russland konnten den Messenger deshalb weiter problemlos nutzen und mussten dafür nicht einmal auf VPNs oder Proxy Server zurückgreifen.

Die Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadsor* ließ daraufhin zwischenzeitlich bis zu 20 Millionen IP-Adressen blockieren – ein „Flächenbombardement“ des Internets, wie die Wirtschaftszeitung *Wedomosti* kritisierte. Geschädigt wurden statt *Telegram* zahlreiche Online-Händler, Versandhäuser und Kurierdienste. Auch die Seiten mehrerer Online-Medien waren zeitweise nicht zu erreichen. Mehr als 100 Firmen wandten sich an die russische Menschenrechtsorganisation *Agora* und beklagten massive Verdienstauffälle.

Doch auch sechs Wochen nach dem gerichtlichen Verbot hatte es die russische Medienaufsicht eigenen Zahlen zufolge lediglich geschafft, 15 bis 30 Prozent des *Telegram*-Verkehrs im Land zu blockieren. Deshalb setzt *Roskomnadsor* auf internationale IT-Riesen wie Google und Apple und forderte sie auf, *Telegram* aus ihren App-Stores zu entfernen. Apple erhielt dafür eine Frist bis Ende Juni. Schon jetzt verhindert der Konzern alle Updates von *Telegram* und beeinträchtigt damit die Sicherheit von Nutzern auf der ganzen Welt. Das Domain Fronting, mit dem *Telegram* den Kreml an der Nase herumführte, haben sowohl Google als auch Apple inzwischen unmöglich gemacht – ein herber Rückschlag für regierungskritische Journalisten und Verfechter der Meinungsfreiheit weltweit, die diese Technik bisher im Kampf gegen Zensur nutzten.

Autorin: Ulrike Gruska (Pressereferentin von „Reporter ohne Grenzen“)